

Vorlage Nr. 24/0111

Federf. Stadtamt: Büro der Bürgermeisterin

Vorlage für den	Berichterstatter:in	Zuständigkeit	Sitzung am	Punkt
Rat	Bürgermeisterin Weist	Entscheidung	29.02.2024	5

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Erklärung des Rates der Stadt Gladbeck gegen Rechtsextremismus

Begründung:

Ein Treffen von Rechtsextremisten im November 2023 in Potsdam, bei dem unter dem Begriff „Remigration“ über die massenhafte Vertreibung von Menschen aus unserem Land gesprochen wurde, hat großes Entsetzen hervorgerufen. Solche Deportations-Pläne weisen erschreckende und unverkennbare Parallelen zu den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte auf. Menschen, die solche Pläne schmieden, wenden sich gegen alle Prinzipien, auf denen unser Zusammenleben und die freiheitlich-demokratische Grundordnung basieren.

Aufgedeckt wurde dieses Geheimtreffen in Potsdam in einem Artikel vom 10. Januar 2024 durch das Journalistennetzwerk und Rechercheportal „Correctiv“. Der Artikel unter der Überschrift „Geheimplan gegen Deutschland“ hat viele Menschen wachgerüttelt und ihnen das wahre und hässliche Gesicht der Rechtspopulisten gezeigt.

Bundesweit haben in den letzten vier Wochen über 1.000 Demonstrationen mit mehr als 3,2 Millionen Teilnehmer:innen stattgefunden. Demokratinnen und Demokraten haben für Respekt, Toleranz und Vielfalt sowie den Erhalt unserer Demokratie demonstriert.

Auch in Gladbeck haben am 20. Januar 2024 auf dem Willy-Brandt-Platz unter dem Motto „Gladbeck hält zusammen – gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ rd. 2.000 Gladbeckerinnen und Gladbecker deutlich gemacht, dass Rassismus in unserer Stadt keinen Platz hat und das Gladbeck zusammenhält, egal welche Herkunft, welches Aussehen und welche Religion Menschen haben.

Mitzeichnungen					
Bürgermeisterin:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerin/Beigeordnete:	Beigeordnete:	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Das war ein starkes Zeichen dafür, dass unsere Demokratie wehrhaft ist, wir uns diesen Umtrieben entschieden entgegenstellen und unsere Freiheit verteidigen. Nicht Populismus und Hetze lösen Fragen, sondern nur sachgerechte Lösungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Nun gilt es weiter für den Erhalt der Demokratie einzustehen und im Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nachzulassen. Hier sind alle Gladbeckerinnen und Gladbecker aufgerufen, menschenverachtenden Worten und Taten zu widersprechen und für ein gutes Zusammenleben im Sinne unserer Gladbecker Erklärung einzutreten.

Verhindert werden muss, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land schüren.

Für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit spricht sich auch der Deutsche Städtetag in seiner Trierer Erklärung vom 18. Januar 2024 aus. Die Erklärung ist eine gemeinsame Positionierung der Städte gegen rechtsextreme Kräfte im Land. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.“

Es wird vorgeschlagen, dass sich der Rat der Stadt Gladbeck der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages anschließt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Klimarelevante Auswirkungen:

keine wesentliche Klimarelevanz
Die Durchführung der Haupt- und Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).

keine negative oder eine positive Klimawirkung
Die Durchführung der Alternativenprüfung war daher nicht notwendig (keine Anlage).

eine negative Klimawirkung
Die Alternativenprüfung wurde durchgeführt und das Prüfungsergebnis ist als Anlage beigefügt.

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Gladbeck schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages (siehe Anlage) an und unterstützt die darin formulierten Thesen in vollem Umfang.

Die Bürgermeisterin



- Bettina Weist -

In der Sitzung des

- _____-Ausschusses
- Rates
- Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses
am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: